

Ökolumne

## Der Brexit

von Ulrich Brehme

In Großbritannien hat das Volk mehrheitlich entschieden, daß Großbritannien die EU verlassen soll. In Nordirland und Schottland war die Mehrheit für den Verbleib in der EU. Besonders ältere und arme Schichten haben für den Austritt gestimmt. Die politische Elite trat in diesem Wahlkampf führungslos und widersprüchlich auf. Auf der Seite der Vertreter für den EU-Austritt waren Globalisierungsverlierer, Radikalliberale (die gegen die Regulierung und Bürokratie aus Brüssel sind) und Extremisten.

Die Globalisierungsverlierer haben das Vertrauen in den Staat verloren. Die Glaubwürdigkeit der Eliten ist für sie auf allen politischen Ebenen zusammengebrochen. Sie wollen ein Europa, das Grenzen hat, ein Europa das seine wirtschaftlichen Interessen verteidigt. Das sind nicht nur Milchbauern, die gerade brutal nach der Marktlogik aussortiert werden. Das sind Menschen, die das Gefühl materieller Sicherheit verloren haben. Zu den Globalisierungsverlierern gehören auch die Opfer der Globalisierung wegen strategischer Fehler in der Industriepolitik, Menschen, die das elitäre Bildungssystem und die falsche Überwachungs politik kritisieren. Hinzu kommt die Angst vor Wirtschaftsflüchtlingen aus EU-Staaten, die man nicht zurückweisen kann, wenn man am Binnenmarkt teilnehmen möchte. Großbritannien hat 2004 anders als Deutschland und Österreich sofort die Grenzen für die neuen EU-Mitglieder aus Mittel- und Osteuropa geöffnet. Heute leben dort 850.000 Polen, insgesamt 3,3 Mio EU-Einwanderer, die Zahl der Commonwealth-Einwanderer stieg seit 2004 von 3,7 auf 5,5 Mio. Diese konkurrieren besonders um die Jobs im Niedriglohnsektor.

Die Aushandlung eines weitgehenden Handelsabkommens zwischen Großbritannien und der EU kann bis zu 10 Jahre lang dauern. Für ein solches Abkommen wird eine einstimmige Mehrheit aller 27 Mitgliedsstaaten nötig sein. Bis dahin besteht für Investoren das Risiko, ihre Produkte nicht frei in den EU-Binnenmarkt exportieren zu können. Die Folge wird ein starker Investitionsrückgang in Großbritannien über viele Jahre sein. Das wird auch die Abspaltungstendenzen von Nordirland und Schottland von England verstärken.

Auf der anderen Seite des Ärmelkanals ruft nun der Front National noch lauter nach einer Volksabstimmung. Ebenso in der Niederlande, in Dänemark, in der Slowakei und in Tschechien. Die Polarisierung zwischen Pro- und Contra-EU wird in Europa weiter zunehmen. Gefahren für die EU entstehen vor allem dort, wo es zum Bündnis von Konservativen mit den Anti-Europäern kommt.

Die europäische Idee braucht wieder mehr Verteidiger. Aus dem "Friedensprojekt Europa" folgte Integrationsschritt auf Integrationsschritt. Aber neben mangelnder demokratischer Strukturen in der EU gibt es viele strittige Themen. Die EU muß wieder zu einer Stabilitätsunion werden, die nach wettbewerblichen Prinzipien organisiert ist. Die deflationäre Geldpolitik der EZB, die mit negativen Zinsen Sparer enteignet, aber die massive Regelbrechung einiger Staaten toleriert und diese Staaten damit begünstigt, zerstört das Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit der EU. Wie lange kann der „Kasino-Kapitalismus“ noch so weitergehen? Wann platzt die nächste Blase?

Die Verluste der Finanzindustrie werden sozialisiert und das Haftungsprinzip aushebelt, 75% der Deutschen sind für eine Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten der Finanzkrise. 57% würden die Einführung einer Finanztransaktionssteuer noch in diesem Jahr befürworten. Bisher war eine Umsetzung des Gesetzentwurfes dazu aber ebenso

wenig realisierbar wie mit den 19 Ländern der Euro-Gruppe.

Immer weiter gehen die Versuche der EU-Kommission an den Parlamenten vorbei Handelsabkommen zu beschließen, die die rechtsstaatliche Bindung der Wirtschaft aushebeln.

Immerhin wird jetzt wohl das AKW-Projekt in England endgültig zusammenbrechen. In der EU fehlt auch die glaubwürdige Umsetzung eines Strukturwandels hin zu erneuerbaren Energien.